

## Unsere Fragen Wahlprüfsteine



*Die Interessensverbände der Mieter und Vermieter haben sich in diesem Jahr nicht auf eine Fortschreibung des Mietspiegels einigen können. Sollte Ihrer Meinung nach die Stadt einen Mietspiegel in Eigenregie herausgeben?*

Die PDS wünscht, dass sich Haus + Grund und der Mieterverein auf eine Fortschreibung des Mietspiegels einigen. Dazu ist es notwendig, dass Haus + Grund sich von der unrealistischen Forderung, den geltenden Mietspiegel um die bundesweite Inflationsrate zu erhöhen, verabschiedet und an den Verhandlungstisch zurück kehrt. Bei schrumpfender Bevölkerungszahl wie in Bochum steigen die Mieten nun einmal nicht so stark, das muss auch Haus + Grund anerkennen. Falls sich Mieterverein und Haus + Grund dauerhaft nicht auf einen neuen Mietspiegel einigen, sollte die Stadt diesen herausgeben. Zentral ist, dass die Mieterinnen und Mieter Rechtssicherheit haben und nicht verunsichert werden.



Die SPD bedauert, dass die Interessenvertreter der Vermieter und der Mieter nicht zu einem gemeinsamen Vorschlag gekommen sind, weil er für Rechtssicherheit und -frieden gesorgt hätte. Die SPD hat dazu aufgerufen, die Gespräche wieder aufzunehmen. Dabei wird die Stadt die Rolle eines neutralen Moderators übernehmen. Sollte es in nächster Zeit nicht zu einer Einigung kommen, müssen neue Erhebungen für einen qualifizierten Mietspiegel durchgeführt werden. Angesichts der Situation auf Teilen des Wohnungsmarktes, stimmt die SPD einer pauschalen Erhöhung der Mietspiegelwerte – wie von der CDU und den Eigentümern gewünscht – nicht zu.



Nur im Notfall. Priorität sollte allerdings ein qualifizierter Mietspiegel unter Beteiligung des Mietervereins haben.



Die Verantwortung für eine Fortschreibung liegt u. E. gleichermaßen bei allen Beteiligten, zumal es gesetzliche Vorgaben dafür gibt.



Im Interesse aller Beteiligten sollten beide Interessensverbände ihren besonderen Auftrag erkennen und sich noch einmal der Sachlage zuwenden – und hierbei die Bochumer Spezifika bewerten. Ggfs. kann die Stadt in einer Moderatorenfunktion hilfreich sein. Ein städtischer Mietspiegel in Eigenregie hat insofern nicht erste Priorität.



Die Stadt sollte keinen Mietspiegel in Eigenregie herausgeben. Sie sollte statt dessen ihre Moderatorenrolle wieder aufnehmen und darauf hinwirken, dass die Interessensverbände der Mieter und Vermieter gemeinsam zumindest zunächst einen einfachen Mietspiegel erarbeiten.

*Wie steht Ihre Partei zur Frage der Privatisierung kommunaler Unternehmen, insbesondere der VBW Bauen und Wohnen?*

Die PDS lehnt die Privatisierung kommunaler Unternehmen entschieden ab. Kommunaler Ausverkauf zerstört nicht nur ein soziales Netz von grundlegenden kommunalen Leistungen, sondern zerstört auch den kommunalen Zugriff auf Tarife, Gebühren und andere Leistungen. Durch den Verkauf der VBW kann sich der örtliche Mietspiegel dramatisch ändern. Schon heute hat die Stadt Bochum im Vergleich zu anderen Großstädten Zugriff auf relativ wenig Wohnraum. Die PDS tritt dafür ein, dass das kommunale Bürgereigentum, das für eine soziale und kulturelle Grundversorgung notwendig ist, erhalten bleibt. Privatisierungen führen in der Regel dazu, dass nur wenige große Konzerne über die Grundvoraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens – wie Trinkwasser, Energieversorgung, Verkehr, Wohnraum, Kultur- und Bildungseinrichtungen – bestimmen. Die öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge muss erhalten werden.

Die SPD lehnt eine Privatisierung von kommunalen Unternehmen ab. Das gilt auch für die VBW. Die Bereitstellung von existenziellen Gütern (Wasser, Energie, Wohnraum, öffentlicher Personennahverkehr oder auch bestimmte Bankdienstleistungen) darf nicht ausschließlich dem Markt überlassen werden. Gerade bei solchen Gütern neigt der Markt zu Fehlentwicklungen mit negativen Folgen unter anderem für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen und die Umwelt, aber auch für Qualität und Umfang der Versorgung. Eine gesunde kommunale Wirtschaft mit fairen Entwicklungschancen ist für die SPD deshalb von hoher Bedeutung.

Eine Privatisierung der städtischen Gesellschaften lehnen wir wie in der Vergangenheit kategorisch ab. Wichtige Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wollen wir nicht dem Profitstreben privater Unternehmen ausliefern. Die VBW ist für uns ein unverzichtbares wohnungspolitisches Instrument, um eine soziale Entwicklung des Wohnungsbestandes zu sichern. Sie darf nicht privatisiert, sondern muss im Gegenteil gestärkt werden.

Von der FDP werden Privatisierungen überall dort befürwortet, wo Marktstrukturen vorhanden sind. In jedem Einzelfall ist in dem Sinne zu prüfen, ob eine Privatisierung sinnvoll ist.

Die Privatisierung kommunalen Wohneigentums ist immer besonders kritisch zu betrachten. Aber – siehe unsere Ausführungen zu 6).

Die Stadt Bochum ist ohnehin nicht mehrheitlich an der VBW GmbH beteiligt, so dass der Einfluss begrenzt ist. Wenn der städtische Anteil abgesenkt wird, hat dies kaum Einfluss auf die Geschäftspolitik der VBW GmbH. Kommunaler Wohnraum sollte nur unter Wahrung der Interessen der betroffenen Mieter veräußert werden.